



# #dieschmidt

der newsletter

25.10.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

letzte Woche haben wir ein Gesetz zum besseren Schutz von Beschäftigten in der Paketbranche in den Bundestag eingebracht – gestern haben wir es verabschiedet. Es tritt zum 01. Dezember in Kraft. Damit sorgen wir dafür, dass Paketbotinnen und Paketboten nicht mehr um ihre Sozialleistungen betrogen werden und schaffen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Und das noch vor Beginn des Weihnachtsgeschäfts. [...weiterlesen](#)

Außerdem haben wir gestern die Reform der Berufsausbildung beschlossen, mit der wir mit der Mindestausbildungsvergütung zum 01. Januar 2020 einen Mindestlohn für Azubis einführen. Und wir konnten noch weitere Verbesserungen erkämpfen – zum Beispiel einen zusätzlichen Lerntag vor Prüfungen. Das sind gute Neuigkeiten nicht nur für die rund 1200 Auszubildenden, die dieses Jahr ihre Ausbildung im Lahn-Dill-Kreis begonnen haben ([hier geht es zu meiner Pressemitteilung](#)).

Für die SPD ist klar: Die Chancen von Kindern dürfen nicht von ihrer Herkunft abhängen. Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder. Dafür steht die sozialdemokratische Kindergrundsicherung, für die ich mich schon lange stark mache – und die wir auch auf dem Bundesparteitag im Dezember beraten werden. Anders als die gestern von den Grünen geforderte Kindergrundsicherung ([hier geht es zur meiner Rede zum Tagesordnungspunkt](#)), fußt die sozialdemokratische Kindergrundsicherung auf zwei Säulen: Neben einer existenzsichernden Geldleistung muss es auch eine kostenlose Infrastruktur geben, die Bildung und Teilhabe ermöglicht. Je besser die Infrastruktur für alle Kinder ist, desto geringer muss die Geldleistung sein. Und von guten Angeboten profitieren alle Kinder gleichermaßen.

Nächsten Donnerstag werden im Rahmen des DUOdays Menschen mit geistiger, psychischer oder körperlicher Beeinträchtigung Beschäftigte in unseren Betrieben vor Ort einen Tag lang in ihrem Arbeitsleben begleiten. Ich freue mich, dass ich Schirmherrin dieses ersten DUOdays im Lahn-Dill-Kreis sein darf.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

SPDFRAKTION.DE

MITTWOCH, 20. NOVEMBER 2019  
18.30 UHR

EINLADUNG

**ARMER STAAT –  
REICHER STAAT?**

Von Steuergerechtigkeit, Steuerhinterziehung  
und Verteilungsgerechtigkeit

WIR LADEN SIE EIN ZUM AUSTAUSCH MIT

**DAGMAR SCHMIDT, MdB**  
Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe  
Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

**LOTHAR BINDING, MdB**  
Finanzpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

**VERANSTALTUNGSORT**  
Phantastische Bibliothek Wetzlar  
Turmstraße 2  
35578 Wetzlar

WEITERE INFORMATIONEN:  
[www.spdfraktion.de/termine](http://www.spdfraktion.de/termine)

**SPD  
BUNDESTAGS  
FRAKTION**

## Gute Löhne

### Für Pflegepersonal



Wer krank oder pflegebedürftig wird, muss gut versorgt sein. Pflege kann nur dann gut sein, wenn die Pflegerinnen und Pfleger ihre Arbeit gut schaffen können. Dafür brauchen wir ausreichend qualifiziertes Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsbelastungen in der Pflege sind hoch – körperlich und psychisch. Der Lohn ist dagegen oft zu niedrig. Der aktuelle Zustand in der Pflege kann so nicht bleiben: Zeitdruck, schwere Arbeit, fehlendes Personal – das geht an den Pflegenden nicht spurlos vorbei. Pflegerinnen und Pfleger müssen die Wertschätzung erhalten, die sie für ihre harte Arbeit und große Verantwortung verdienen. Und zwar nicht nur in Form warmer Worte, sondern mit guten Arbeitsbedingungen und besseren Löhnen – am besten durch Tarifverträge! Deswegen ist es gut, dass wir gestern das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Pflegelöhneverbesserungsgesetz verabschiedet haben.

Bisher gibt es in der Pflege keinen bundesweiten Tarifvertrag – nur einen allgemeinen Pflegemindestlohn, von dem vor allem Pflegehilfskräfte profitieren. Das liegt an der Struktur der Branche mit privaten, kommunalen, freigemeinnützigen und kirchlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Unser Ziel sind verlässliche branchenweite Tarifverträge. Nur so können gute Arbeitsbedingungen für alle geschaffen werden. Gut, dass sich nun erstmalig ein Arbeitgeberverband in der Pflege gegründet hat damit die Gewerkschaft ver.di einen Ansprechpartner hat. Klar ist: wer als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber mitreden will, muss sich im Arbeitgeberverband organisieren. [...weiterlesen](#)

## Digitaler Krankenschein

### Bürokratientlastungsgesetz



Wer sich krank meldet, sollte nicht noch mit unnötigen Wegen belastet werden. Deswegen führen wir den digitalen Krankenschein ein. Ab 2021 muss eine Krankmeldung nicht mehr in Papierform vorliegen – sie wird der Krankenkasse digital vorliegen und kann dort von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern abgerufen werden. Für die Beschäftigten bedeutet das vor allem eines: Sie müssen die Krankmeldung nicht mehr zum Briefkasten oder der Arbeitsstelle bringen. Mit dem gestern verabschiedeten Bürokratientlastungsgesetz machen wir vielen Menschen das Leben leichter. Wir entlasten Gründerinnen und Gründer, denn sie müssen statt bisher zwölfmal im Jahr, zukünftig nur noch viermal im Jahr eine Umsatzsteuervoranmeldung abgeben. Auch für die Hotelbranche wird es Entlastungen geben: Zusätzlich zu den bisher geltenden Meldescheinen, wird es zukünftig die Möglichkeit eines digitalen Meldescheins geben. Eine erhebliche Erleichterung für die Hotellerie – denn die Aufbewahrung und spätere Vernichtung der rund 150 Millionen Meldescheine verursacht erhebliche Kosten.

## Soli abschaffen

### Für fast alle



Wohlstand für viele, nicht nur Reichtum für wenige. Das ist die Voraussetzung, um den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Auch deshalb schaffen wir nun den Soli ab – für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die reichsten zehn Prozent sollen aber weiterzahlen – in voller Höhe zahlen den Soli zukünftig nur noch die 3,5 Prozent der Superreichen in Deutschland. Sie sollen ihren Beitrag leisten, damit wir in die Zukunft investieren können: in Chancen für unsere Kinder, in Klimaschutz, in Forschung und Entwicklung.

Darüber hinaus brauchen wir auch eine vernünftige Besteuerung sehr großer Vermögen. Es geht um Multimillionäre und Milliardäre. Sie sollen einen größeren Anteil für die nötigen Investitionen beitragen – für die Infrastruktur, für bezahlbares Wohnen und für den Klimaschutz und damit Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen weniger Steuern zahlen. Damit alle, die sich anstrengen, ihren Anteil am Wohlstand haben. Und damit wir die unterstützen können, die es brauchen. Wir wollen mehr für viele!